Der „aktivierende Sozialstaat“ – eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte deutscher Sozialpolitik, 1979–2017

Die Nachwuchsgruppe bestand vom 01.04.2020 bis zum 31.03.2023 mit den Mitgliedern Nikolas Dörr, Christof Wittmaack und Wanda Schwarze-Wippern.

Der „aktivierende Sozialstaat“ ist seit den 1990er-Jahren zum neuen Leitbild der Sozialpolitik in Deutschland und weiten Teilen Europas avanciert. Im Fokus der öffentlichen Debatte in Deutschland stehen dabei besonders die Reformen der Agenda 2010 und vor allem „Hartz IV“. Während die sozioökonomischen Ursachen dieses sozialpolitischen Wandels (insb. Ölkrisen, Massenarbeitslosigkeit, demografische Entwicklung, Staatsverschuldung) bereits gut erforscht sind, wurden gesellschaftliche und internationale Faktoren bislang weitgehend ausgeblendet. Die alleinige Fokussierung auf die sozioökonomische Situation greift jedoch zu kurz, um diese sozialstaatliche Transformation umfassend erklären zu können.

Die interdisziplinär zusammengesetzte Nachwuchsgruppe untersucht zusammen mit nationalen und internationalen Kooperationspartner*innen den „aktivierenden Sozialstaat“ dementsprechend nicht als eine Summe von Gesetzen, sondern weitergehender als sozialpolitische Reaktion auf einen grundlegenden, langfristigen gesellschaftlichen Wandel und die Veränderung internationaler sozialpolitischer Leitbilder seit Ende der 1970er-Jahre. Ersteres schließt u. a. Prozesse der Individualisierung, Pluralisierung (v. a. durch Migration) und die Popularisierung des Prinzips „Fördern und Fordern“ mit ein. Letzteres bezieht sich auf die transnationale Rezeption neuer sozialpolitischer Ansätze (u. a. Thatcherismus, Workfare, „New Labour“, Flexicurity).

Die Nachwuchsgruppe besteht aus den Doktorand*innen Wanda Schwarze-Wippern und Christof Wittmaack sowie dem Nachwuchsgruppenleiter Dr. Nikolas Dörr, die sich in drei Teilprojekten dem Einfluss a) internationaler sozialpolitischer Ideen- und Politiktransfers seit 1979, b) von Einstellungsveränderungen gegenüber staatlicher Sozialpolitik (u. a. bedingt durch die Asyldebatten seit den 1980er-Jahren und unterschiedliche sozialstaatliche Prägungen in West- und Ostdeutschland) und c) der Veränderung des öffentlichen und medialen Diskurses über Sozialpolitik und deren Rückwirkung auf den sozialpolitischen Entscheidungsprozess widmen.